

Sonderdruck aus:

# Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Johannes Berger

Alternativen zum Arbeitsmarkt

17. Jg./1984

**1**

## **Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)**

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

### *Hinweise für Autorinnen und Autoren*

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.  
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung  
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104  
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter [http://doku.iab.de/mittab/hinweise\\_mittab.pdf](http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf). Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de)).

### **Herausgeber**

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)  
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB  
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim  
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover  
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin  
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.  
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau  
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

### **Begründer und frühere Mitherausgeber**

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,  
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

### **Redaktion**

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: [ulrike.kress@iab.de](mailto:ulrike.kress@iab.de): (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: [gerd.peters@iab.de](mailto:gerd.peters@iab.de): (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de): Telefax (09 11) 1 79 59 99.

### **Rechte**

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

### **Herstellung**

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

### **Verlag**

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: [waltraud.metzger@kohlhammer.de](mailto:waltraud.metzger@kohlhammer.de), Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

### **Bezugsbedingungen**

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

### **Zitierweise:**

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)  
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)  
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

**Internet:** <http://www.iab.de>

# Alternativen zum Arbeitsmarkt

Johannes Berger

Es muß damit gerechnet werden, daß aus Gründen, die vornehmlich mit anhaltender Wachstumsschwäche einerseits, technologischer Arbeitslosigkeit andererseits zusammenhängen, die die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland kennzeichnende Beschäftigungskrise andauern wird. Drei Antworten auf eine Situation, in der ein Mangel an Beschäftigung herrscht, ohne daß das Sozialprodukt wesentlich geschrumpft ist, sind denkbar: die erste Antwort sieht die Arbeitslosigkeit teils als unvermeidlich, teils als insoweit hilfreich an, als sie lohnregulierende Funktionen übernimmt; die zweite Antwort hält an dem Ziel der Vollbeschäftigung fest und erachtet Wirtschaftswachstum als nach wie vor geeignetes Mittel der Arbeitsplatzbeschaffung; die dritte Antwort versucht, die Bedeutung der Lohnarbeit als „Quelle des Lebensunterhalts“ herabzumindern. Vier Strategien, dieses Ziel zu erreichen, werden als gangbare Wege einer Ökonomie skizziert, die ein noch nie dagewesenes Niveau der Entfaltung der Produktivkräfte erreicht hat. Alle vier Strategien eröffnen zum Arbeitsmarkt alternative Formen der Produktion und Verteilung des Reichtums.

## I

Uns allen ist der Sachverhalt wohl bekannt, daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland ihren Lebensunterhalt über abhängige Erwerbsarbeit („Lohnarbeit“) gewinnt. So waren von den knapp 27 Mill. Erwerbstätigen des Jahres 1980 in der Bundesrepublik Deutschland 87,9% in abhängiger Stellung beschäftigt und 12,1% selbständig. Die rd. 23,5 Mill. abhängig Beschäftigten bilden zwar die Mehrheit der Erwerbstätigen, aber natürlich nicht die Mehrheit der Bevölkerung. Bezogen auf die Bevölkerung insgesamt bilden sie sogar nur eine Minderheit von 38,5%.<sup>1)</sup> Die Aussage, daß abhängige Beschäftigung die vorherrschende Form der Gewinnung des Lebensunterhalts bildet, wird also nur dann richtig, wenn man auch die Angehörigen dieser Personengruppe ihr zuschlägt. Bis auf den Rest Selbständiger wird diese Form der Lebensgewinnung alternativlos, wenn man ihr auch noch alle die Personen zurechnet, die als Arbeitslose oder als Rentner und Pensionäre ein Transfereinkommen auf Grund der Tatsache beziehen, daß sie einmal im Arbeitsleben gestanden haben und während dieser Zeit durch Einzahlungen in die entsprechenden Sozial-Versicherungssysteme oder durch gesetzliche Regelungen einen Anspruch auf Transferzahlungen erworben haben. So weist die auf dem Mikrozensus basierende statistische Aufschlüsselung der Bevölkerung nach „Beteiligung am Erwerbsleben und überwiegendem Lebensunterhalt“ für den April 1982 aus, daß 19,7% der Bevölkerung von „Rente und dergleichen“ lebten und daß für 38,7% die Eigenschaft, „Angehörige“ zu sein, die Existenzgrundlage bildete.<sup>2)</sup>

Erwerbs- und Berufstätigkeit – sei es in abhängiger oder selbständiger Stellung – hat sich im Verlauf einer historischen Entwicklung so sehr als ausschließlicher Reproduktionsmodus durchgesetzt, daß die auf „marktwirtschaftliche Vorgänge abgestellte Statistik“ die „tätige Bevölkerung“ mit der erwerbstätigen identifiziert und z. B. „Frauen, die ihre Zeit ausschließlich hausfraulichen Arbeiten und mütterlichen Betätigungen widmen, nicht zu der ‚tätigen‘ Bevölkerung“ rechnet.<sup>3)</sup>

Die Folge einer Entwicklung, in deren Verlauf Erwerbstätigkeit zur ausschließlichen und abhängigen Erwerbstätigkeit

zur vorherrschenden Form der Existenzsicherung wird, ist natürlich, daß die „Arbeitsgesellschaft“ sich soweit ausdehnen muß, daß sie tatsächlich für eine ausreichende Anzahl von Personen Erwerbschancen bietet. Nicht jede Person im arbeitsfähigen Alter muß erwerbstätig sein, um ihr Leben fristen zu können. Sie kann es nicht einmal, da nach Lage der Dinge, um eine Person außer Hauses zur Arbeit zu schicken, wenigstens noch die halbe Arbeitszeit einer weiteren Arbeitskraft (in aller Regel Frauen) benötigt wird, um jenen das Haus zu führen und damit zu ermöglichen, außer Hauses zu arbeiten.<sup>4)</sup> Auch die Arbeitsgesellschaft bietet keineswegs jeder arbeitsfähigen Person einen Arbeitsplatz an; dafür müssen die Einkommen der Erwerbstätigen so hoch sein, daß diese nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Angehörigen ernähren können. Wenn also auch nicht jeder arbeitsfähigen Person eine Erwerbschance eingeräumt wird, so darf doch andererseits die Gelegenheit zur Teilnahme am Erwerbsleben nicht abstrakt bleiben; die Einkommen, die aus ihm bezogen werden, müssen vielmehr hoch genug sein, um eine „auskömmliche Lebensführung“ für die Haushalte, in die sich die Bevölkerung gliedert, zu garantieren.

Nun weiß natürlich jeder, daß für einen erklecklichen Teil der Bevölkerung diese Einkommen weit höher als auskömmlich sind. Z. B. bezogen ein Fünftel aller Haushalte 1981 über 6500 DM pro Monat. Aber ohne diese Ungleichheit hätte sich die Marktwirtschaft nicht genügend weit ausgedehnt, um auch noch Arbeitsplätze mit „auskömmlichen“ Arbeitsentgelt anzubieten. Wachstum – dies sei nur im Vorbeigehen bemerkt – schafft eben nicht nur Ungleichheit, sondern Ungleichheit auch Wachstum. Die Weiterführung dieses Gedankens müssen wir uns versagen, da sie uns tief in ökonomische, soziologische und sozialpsychologische Fragen der Ungleichheit hinein – und damit von unserem Thema weg-führen würde.

Für unseren Zusammenhang ist die Frage entscheidend: gelingt es einer Gesellschaft, die auf abhängige Erwerbsarbeit aufbaut, dauerhaft genügend Arbeitsplätze mit „auskömmlichem Entgelt“ anzubieten? Ist dies schon an sich durch die innere Konstruktion dieser Gesellschaft garantiert? Eine Gesellschaft, die abgesehen von der Selbständigkeit keine andere Form der Lebenssicherung als abhängige Erwerbsarbeit anbietet, ist „auf Gedeih und Verderb“ darauf angewiesen, daß sie soviel Beschäftigungsmöglichkeiten bereit hält, daß die große Mehrheit der Bevölkerung sich auch aus abhängiger Beschäftigung ernähren kann. Was nicht angeht, ist eine Arbeitsgesellschaft ohne Arbeit, eine Erwerbswirtschaft ohne Erwerbsmöglichkeiten etc.

<sup>1)</sup> Zahlen nach: Gesellschaftliche Daten, Ausgabe 1982

<sup>2)</sup> Statistisches Jahrbuch 1983, S. 96

<sup>3)</sup> Wagenführ 1970, S. 70

<sup>4)</sup> Vgl. Beck-Gernsheim 1980

Bietet die Gesellschaft ohne Alternative zur Erwerbsarbeit nicht genügend Erwerbsarbeitsplätze für Personen an, die arbeitsfähig und auf Erwerbsarbeitsplätze angewiesen sind, so gerät sie in eine Beschäftigungskrise. Sicherlich wäre es unangemessen, schon beim Auftreten auch nur geringfügiger Arbeitslosigkeit von einer Beschäftigungskrise zu sprechen; ab welchem Niveau der Arbeitslosigkeit eine solche Krise gegeben ist, hängt auch von normativen Definitionen darüber ab, wieviel Arbeitslosigkeit als normal betrachtet werden kann. Und ebenso sicher läßt sich eine Beschäftigungskrise mit sozialpolitischen Mitteln mildern. Aber weder normative Umdefinitionen der Arbeitslosigkeit noch die sozialpolitische Abschwächung der Alternative, entweder zu arbeiten oder zu verhungern, können das bedrückende Faktum, daß die Gesellschaft der Bundesrepublik sich in einer solchen Beschäftigungskrise befindet, aus der Welt schaffen. Das Paradoxe an der Situation ist dabei, daß im Vergleich zur Weltwirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre dem Produktionssystem sogar das Attest ausgestellt werden kann, nach Niveaukriterien des Outputs beurteilt, relativ intakt zu sein. Die Wirtschaft der Bundesrepublik (inklusive des Staates) produzierte im letzten Jahr einen Güter- und Dienstleistungsberg im Wert von rd. 1½ Billionen Mark. Um sich die Differenz zur Weltwirtschaftskrise zu verdeutlichen, muß man sich nicht nur den absoluten Abstand im Niveau der Produktion in beiden Krisenphasen vor Augen halten, sondern auch den Sachverhalt, daß in den zwei Jahren von 1930-32 das Volkseinkommen um fast 40% zusammensackte. Demgegenüber fällt der Rückgang des Volkseinkommens um weniger als 2% seit 1980 nicht ins Gewicht.

Aber ein Wirtschaftsapparat kann „zusammenbrechen“ entweder als „Beschäftigter“ oder als Güterproduzent. Heute sind wir mit der paradoxen Lage einer Krise des Beschäftigungssystems ohne wirkliche Krise der Produktion konfrontiert. Eine solch anormale Situation, in der sich der Beschäftigungsaspekt vom Produktionsaspekt losgelöst hat, schreit geradezu nach Deutungen und Erklärungen. Dementsprechend ist die tagespolitische Diskussion angefüllt von einander überschlagenden und wechselseitig sich widersprechenden Vorschlägen und Analysen.

Im Prinzip, glaube ich, sind aber nur drei unterschiedliche Haltungen zur Beschäftigungskrise möglich. Entweder die Herausforderung durch die Neuartigkeit der Situation wird anerkannt oder nicht anerkannt. Wenn sie anerkannt wird, kann man den Fehler entweder im System oder in „kontingenten Umständen“ suchen. Sucht man ihn in letzteren, dann ist keine prinzipielle Kursänderung, sondern nur eine Reparatur des Systems oder die Beseitigung hemmender Umstände erforderlich; der Arbeitsmarkt als „Allokationsmaschine“ wird im Prinzip als intakt angesehen. Erblickt man den Fehler dagegen im *System*, dann helfen auch nur *Systemänderungen*.

Die Herausforderung durch die Beschäftigungskrise wird nicht angenommen von Positionen, die sich teils einer „halb so schlimm“, teils einer „tun kann man doch nichts“-Attitüde befleißigen und daher empfehlen, die Krise abzureiten wie ein Segelschiff den Sturm. Anfang der 90er Jahre sei ohnehin die Arbeitslosigkeit wieder beseitigt, da es dann mit

der demographisch bedingten Überlastung des Arbeitsmarkts mit Arbeitsuchenden vorbei sei. Ebenso sei die Wachstumsschwäche nicht prinzipieller, sondern nur vorübergehender Natur, der menschliche Erfindungsgeist wie die Bedürfnisse seien unbeschränkt; es zeuge nur von einem Mangel an Phantasie, von Grenzen des Wachstums zu reden, die in einer Sättigung der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern lägen, etc.

Für diese Haltung, die Herausforderung einer in wachsender Arbeitslosigkeit sich dokumentierenden Krise der Arbeitsgesellschaft *nicht* anzunehmen, läßt sich zunächst geltend machen, daß Arbeitslosigkeit aus der Differenz von Nachfrage und Angebot nach Arbeitskräften entsteht und daher nicht nur aus einer sinkenden Nachfrage, sondern eben auch aus einem steigenden Angebot resultieren kann. In der Tat spricht gegen den voreiligen Schluß von der Arbeitslosigkeit auf eine Krise der Arbeitsgesellschaft, daß die hohe Arbeitslosigkeit einhergeht mit einem Stand der abhängigen Beschäftigung, die noch 1981 nicht niedriger als zu Vollbeschäftigungszeiten lag. So beschäftigte die Wirtschaft der Bundesrepublik im letzten Jahr der Vollbeschäftigung 1973 knapp 23 Mill. abhängig Erwerbstätige, eine Zahl, die auch bei 1,3 Mill. Arbeitslosen im zweiten Halbjahr 1981 noch einmal erreicht wurde.<sup>5)</sup> Aber es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, aus dem Sachverhalt, daß die Arbeitslosigkeit immer aus der Differenz von Angebot und Nachfrage besteht, zu schließen, die Beschäftigungslücke werde sich in besseren Zeiten, in denen das Angebot von Arbeitskräften aus demographischen Gründen wieder sinkt, wie von selbst schließen. Dagegen spricht vor allem das neue Faktum *technologischer Arbeitslosigkeit*, das die Lage auf dem Arbeitsmarkt für die absehbare Zukunft beeinflussen wird. Im Prinzip liegt technologische Arbeitslosigkeit immer dann vor, wenn die Einsparung von Arbeitskräften durch neue technische Erfindungen schneller verläuft als die Eröffnung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten für die entlassenen Arbeitskräfte. So jedenfalls hatte sie Keynes<sup>5a)</sup> in einem Artikel definiert, der die „ökonomischen“ Möglichkeiten für das Jahr 2030 skizzieren sollte. Zwar war dieser Sachverhalt für die Wirtschaft der Bundesrepublik im Prinzip schon seit Anfang der 60er Jahre gegeben. Im langfristigen Durchschnitt betrug die Diskrepanz zwischen Produktivitätsfortschritt und Produktionsentwicklung im Zeitraum von 1960-1980 1%.<sup>6)</sup> Entscheidend ist aber, daß die Schere zwischen beiden Größen sich nicht in eine Richtung öffnete, sondern stark von Konjunkturzyklen geprägt war.<sup>7)</sup> Während die Wirtschaftsgeschichte uns bislang daran gewöhnte, Arbeitslosigkeit mit konjunkturellen Tiefs in Verbindung zu bringen, besteht das neue Faktum technologischer Arbeitslosigkeit aber genau darin, daß Arbeitslosigkeit gleichermaßen das Produkt von Depressionen *und* Prosperitätsphasen ist. Am Horizont zeichnet sich das Bild einer Ökonomie ab, die eine Überfülle von Waren anbietet, aber keine oder zu wenig Beschäftigungsmöglichkeiten. Dieser Zustand eines „jobless growth“ wird von zeitgenössischen Beobachtern in erster Linie mit den neuen, auf der Mikroelektronik aufbauenden Technologien in Verbindung gebracht. Der Mikroprozessor und die ihn verwendenden Techniken sind nach verbreiteter Auffassung weit mehr als eine neue Technologie. Ihre Durchsetzung leitet eine „neue industrielle Revolution“ ein, deren „Auswirkungen auf die Gesellschaft noch umfassender sein (könnte) als die der ersten industriellen Revolution.“<sup>8)</sup>

Anders argumentieren Positionen, die die Herausforderung durch die Arbeitslosigkeit im Prinzip akzeptieren, diese aber mit Umständen in Verbindung bringen, die keineswegs dem

<sup>5)</sup> Vgl. Sachverständigenrat, Gutachten 1982/83, Tabelle 16 u. 17

<sup>5a)</sup> Keynes 1972

<sup>6)</sup> Vgl. Welsch 1983, S. 350

<sup>7)</sup> Vgl. Welsch ebenda

<sup>8)</sup> King 1982, S. 12

Allokationsprinzips des Arbeitsmarkts selbst anzulasten seien. Da ich hier schon zum zweiten Mal vom Arbeitsmarkt als Allokationsprinzip rede, möchte ich diesmal nicht versäumen, zu erklären, was ich darunter verstehe. In Marktwirtschaften ist der Arbeitsmarkt damit betraut, eine doppelte Allokationsaufgabe zu lösen, die jeder Gesellschaft gestellt ist: Arbeitskräfte Arbeitsaufgaben zuzuordnen und Einkommen den Arbeitskräften. Je weiter sich eine Marktwirtschaft ausdehnt, um so ausschließlicher erfüllt der Arbeitsmarkt diese Aufgabe.<sup>9)</sup> Wenn er diese ihm übertragene Aufgabe nicht mehr erfüllt nach einer Periode, in der er sie zur besten Zufriedenheit aller erfüllt hat, liegt es natürlich sehr nahe, die Ursachen hierfür nicht in seiner prinzipiellen Arbeitsweise, sondern in marktwidrigen Blockierungen zu suchen. Die bekannteste Argumentation in dieser Richtung lautet ungefähr so: der Arbeitsmarkt ist wie jeder Markt ein System von Angebot und Nachfrage. Er wird im Gleichgewicht gehalten durch den Lohn als spezifischem Preis für die Ware Arbeitskraft. In Unordnung gerät er, wenn ihm entweder durch monopolistische Gewerkschaftsmacht nicht erlaubt wird, den richtigen, marktgerechten Preis zu finden, oder wenn er politisch mit dem Arbeitsverhältnis fremden Aufgaben überlastet wird. So stiegen nach Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft<sup>10)</sup> die „gesetzlichen Personalzusatzkosten“ zwischen 1966 und 1979 von 19,4 auf 33,3% des Entgelts für geleistete Arbeit. Zählt man zu ihnen noch die „tariflichen und zusätzlichen“ Personalzusatzkosten wie Sonderzahlungen, betriebliche Altersversorgung etc. hinzu, dann stiegen die Personalzusatzkosten insgesamt von 43,4 (1966) auf 70% für das Jahr 1980. Die rascher als die Löhne gestiegenen zusätzlichen Kosten und der hohe prozentuale Anteil solcher Kosten an den Bruttolöhnen sollen diese Überfrachtung des Arbeitsverhältnisses mit einem ihm im Prinzip fremden „Sozialverhältnis“<sup>11)</sup> belegen.

Den Hintergrund solcher Überlegungen bildet die Vorstellung, daß es in einer reinen Marktwirtschaft, in der der Preis auch der Arbeit allein durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage gefunden würde, keine Arbeitslosigkeit geben könne. Vorstellungen dieser Art, die den Arbeitsmarkt wie einen gewöhnlichen Gütermarkt betrachten, verkennen aber die Einzigartigkeit des Arbeitsmarktes. Wenn die Neue Mikroökonomie<sup>12)</sup> sogar mit Fug und Recht bestreiten kann, daß Gütermärkte sich wie in der Theorie des vollständigen Wettbewerbs verhalten, weil weder vollständige Information herrscht, noch die Transaktionen kostenlos vor sich gehen, um wieviel berechtigter ist dann das Vorhaben, Arbeitsmärkten die Eigenschaft, Märkte im Sinne der Theorie zu sein, zu bestreiten! Die mikroökonomische Theorie, die den Arbeitsmarkt wie einen gewöhnlichen Markt ansieht, verkennt dessen Besonderheit sowohl in prinzipieller wie in historisch institutioneller Weise. Ich will hier nicht mehr die vielfältigen Argumente erneut aufrollen, diesen Satz zu begründen. Was die prinzipielle Verkennung des Charakters des Arbeitsmarktes angeht, sei nur soviel bemerkt, daß dem Lohn ja die bekannte Doppelfunktion zugesprochen wird, den Gütermarkt wie den Arbeitsmarkt zu räumen, insofern er nicht nur einen betrieblichen Kosten-

faktor, sondern auch eine Komponente der Nachfrage darstellt. Alle Unternehmer wünschen sich ja hohe Löhne bei den jeweils anderen Unternehmungen, im eigenen Betrieb aber möglichst niedrige. Es ist nun etwas ganz anderes, anzunehmen, es gäbe einen Lohn, der den Arbeitsmarkt räumt, als anzunehmen, es gäbe einen Mechanismus, der garantiert, daß genau dieser Lohn auch den Gütermarkt räumt. Insofern besteht das Grundproblem der Marktwirtschaft darin, nicht nur zwei verschiedene Koordinationsprobleme zu lösen (Herstellung eines Gleichgewichts auf Arbeitsmärkten und Gütermärkten), sondern diese beiden Koordinationsprobleme zu koordinieren. Nicht, daß dieses Problem der Metakoordination unlösbar wäre, nur: ein Gleichgewicht auf dem Gütermarkt garantiert nicht an sich schon eines auf dem Arbeitsmarkt und umgekehrt. Dies war ja der Kern der Keynes'schen Botschaft, daß nicht die Real-löhne, sondern die Gesamtnachfrage nach Gütern das Beschäftigungsniveau der Volkswirtschaft bestimmen.

Die Klagen über die Verteuerung der Ware Arbeitskraft durch steigende Reallöhne und vor allem überproportional steigende „Gemeinschaftskosten“, z. B. Lohnnebenkosten, verkennen die historisch institutionelle Komponente der Arbeitsmarktentwicklung. Die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung, die die Arbeitskraft so teuer gemacht hat, war ja nicht zufällig, sondern entsprang dem Bemühen, den Klassenkonflikt *nicht* mit rein marktwirtschaftlichen Mitteln auszufechten, weil dies selbstzerstörerische Folgen gehabt hätte. „Die Reallöhne, die wir heute kennen“, so hat Dahrendorf<sup>13)</sup> diese Entwicklung zusammengefaßt, „sind das Ergebnis einer langen folgensweren Entwicklung, eben der Entwicklung der Staatsbürgerrechte. Das gilt insbesondere, wenn wir Maßnahmen zur Sicherheit am Arbeitsplatz und vor allem zur Sicherheit des Arbeitsplatzes hinzunehmen, also vom Realeinkommen im umfassenden Sinn sprechen. Alle diese Entwicklungen machen Arbeit teurer.“

Der letzte Grund für diese Teuerung ist der in die „Strukturen der Arbeitsgesellschaft eingebaute Konflikt zwischen ‚Arbeitnehmern‘ und ‚Arbeitgebern‘.“<sup>14)</sup>

Die Reprivatisierung des Arbeitsmarkts im Sinne einer Entlastung des Arbeitsverhältnisses vom „Sozialverhältnis“ wäre vielleicht eine systemkonforme Reaktion auf die Beschäftigungskrise, aber sie würde sie nicht lösen.

Dies vermöchte auch nicht die zweite „systemkonforme“ Reaktion, die weitere Kollektivierung des Arbeitsverhältnisses im Sinne öffentlicher Beschäftigungsgarantien. Fraglos ist Keynesianismus weitaus besser für die breite Mehrheit der Bevölkerung als „Reaganomics“, aber er bildet deswegen keinen Ausweg aus der Beschäftigungskrise, weil er an ihrer Entstehung zumindest mitbeteiligt war. Dies ist natürlich eine sehr gewagte These, und ich müßte unverzüglich daran gehen, sie zu begründen. Weil ich aber das Argumentationsziel meines Aufsatzes nicht aus den Augen verlieren möchte, belasse ich es dabei, den „geneigten Leser“ auf die Literatur zur Krise des Keynesianismus zu verweisen.<sup>15)</sup>

Nur soviel sei im Vorbeigehen noch angemerkt, daß die Aussage, die jetzigen Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals hingen auch mit dem durch Keynesianische Vollbeschäftigungspolitik ermöglichten historischen Erfolg der Arbeiterbewegung im Verteilungskampf zusammen, natürlich nicht die Schlußfolgerung impliziert, aus diesen Verwertungsschwierigkeiten führte einzig und allein die Stärkung der Kapitaleseite hinaus. Vielleicht liegt die Lösung der Beschäftigungskrise nicht mehr in einer Verschiebung von Verteilungsrelationen, sondern in einer Neukonstruktion

<sup>9)</sup> Vgl. Berger/Offe 1982

<sup>10)</sup> Institut der Deutschen Wirtschaft 1980, Tab. 51

<sup>11)</sup> Biedenkopf 1983

<sup>12)</sup> Weise 1979, vgl. auch Hagemann 1981

<sup>13)</sup> Dahrendorf 1983

<sup>14)</sup> ebd., S. 28 f.

<sup>15)</sup> Z. B. The Public Interest 1980, Welsch 1981

der „industriellen Beziehungen“, die über die Grenzen der Arbeits- und Erwerbsgesellschaft hinausführt. Nur eine prinzipielle Kursänderung kann den Fehler im System, das Versagen des Arbeitsmarkts beheben.

Diese Behauptung ist natürlich noch viel gewagter als die über die Grenzen des keynesianischen Kompromisses, und ich werde den Rest dieses Aufsatzes darauf verwenden, sie zu plausibilisieren. Dies möchte ich in zwei Schritten tun:

- (a) einer Beurteilung des Charakters der gegenwärtigen Krise;
- (b) der Skizze eines Musters von Auswegen, die die Konturen eines neuen Modells der Vergesellschaftung der Arbeit ausfüllen soll.

## II

Aus wirtschaftshistorischer Sicht kann man der Auffassung sein, daß es sich bei den wirtschaftlichen Einbrüchen 1974/75 und 1981/82 um die üblichen Schlußphasen von Investitionszyklen handelt, von denen die Wirtschaft der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit bereits vier durchlaufen hat.<sup>16)</sup> Konjunkturell gesehen waren sie dies zweifelsohne *auch*. Die Frage aber ist, ob mit der Krise von 1974/75 sich nicht mehr ereignet hat als der bekannte Abschluß eines Investitionszyklus. Autoren, die in der Krise 1974/75 mehr erblicken als das Ende eines Investitionsbooms, auf den nach dem Durchlaufen einer Rezessionsphase ein neuer Aufschwung folgt, pflegen von „großen Krisen“ im Unterschied zu „kleinen“ oder von „Mutationen“ im Unterschied zu Krisen zu sprechen. Der Unterschied zwischen großen und kleinen Krisen besteht darin, daß im letzteren Falle der „Wirtschaftswagen“ sich auf der immer gleichen Laufbahn bewegt, während im Fall einer großen Krise das Akkumulationsmuster selbst in Frage gestellt wird.

Hängt man der letzteren Sichtweise an und spricht also von einer „großen Krise“, dann sind wiederum zwei Auffassungen möglich: die eine sieht mit dem Einbruch von 1974/75 das „Ende der Nachkriegszeit“ gekommen, die andere gar das Ende der „Industriegesellschaft“, also einer Entwicklung, die über einen Zeitraum nicht von 30, sondern von rd. 300 Jahren verläuft.

Das große Problem ist, wie solche Fragen, rational, also mit den Mitteln der Wissenschaft zur Entscheidung gebracht werden können. Weiß der Soziologe oder Ökonom hier mehr als der Zeitgenosse? Damit es nicht einfach bei der Konfrontation lebensweltlich geprägter Überzeugungen bleibt, muß ein Prozeß in Gang gesetzt werden, der diese „Weltdeutungen“ in wissenschaftliche Forschungsfragen übersetzt.<sup>17)</sup> Wenn ich im folgenden die Perspektive einer „großen Krise“ wähle, berufe ich mich nicht auf bereits gesicherte Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung, sondern auf eine Reihe von Argumenten, die bei dem Versuch Zeitdiagnosen in Forschungsfragen zu übersetzen, entwickelt worden sind. Für die Zwecke dieses Aufsatzes sind alle die Überlegungen, Argumente und empirischen Befunde relevant, die darauf hinweisen, daß nicht nur die außergewöhnliche Wachstumsphase der Nachkriegszeit ausgelaufen ist, sondern daß Wachstum insgesamt kein verlässliches und wünschenswertes Mittel der Versorgung von Erwerbspersonen mit Arbeitsgelegenheiten mehr ist.

Aus der Perspektive des Arbeitsmarktes gesehen bestand der Kern der Nachkriegsentwicklung in einem erneuten „Proletarisierungsschub“: über die Ausdehnung der Gütermärkte gelang es, eine bis 1973 ansteigende Zahl von Erwerbstätigen in die Ökonomie zu integrieren und danach in ihr zu halten. Während des gleichen Zeitraums hat sich das Verhältnis von selbständig zu unselbständig Beschäftigten ständig zu Gunsten letzterer verschoben. Stellt man die Analyse der Wirtschaftsentwicklung auf diesen Grundvorgang der „Proletarisierung“, also der Verwendung abhängiger Erwerbstätigkeit in einer wachsenden Wirtschaft ab, dann setzt die Nachkriegszeit nur eine Entwicklung fort, die bereits in drei langen Wellen vor sich gegangen war.<sup>18)</sup> Was die Nachkriegsentwicklung, aber insbesondere von der Vorkriegsphase *unterscheidet*, ist, daß der Prozeß der kapitalistischen Expansion nicht auf dem „ehernen Lohngesetz“ aufbaute, sondern auf der durch die Lohnpolitik gesicherten Beteiligung der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Fortschritt.<sup>19)</sup>

In Marxschen Termini ausgedrückt: während es die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Akkumulation ist, die Arbeiterlöhne auf das Subsistenzniveau zu drücken und den aus der Steigerung der relativen Mehrwertrate durch technischen Fortschritt gewonnenen Mehrwert zu akkumulativen Zwecken zu nutzen, versucht die Nachkriegswirtschaft, zu expandieren gerade nicht dadurch, daß sie die Arbeiterlöhne auf dem Subsistenzniveau hält und damit bei anhaltendem technischen Fortschritt die relative Mehrwertrate steigert, sondern dadurch, daß sie letztere, zumindest der Tendenz nach, konstant hält und damit den Lebensstandard im Gleichschritt mit dem Wirtschaftswachstum anhebt. Wichtiger als das Problem, ob die Unterscheidung zweier Akkumulationstypen richtig gesehen ist, ist für unsere Zwecke die Entscheidung der Frage, ob das für die Nachkriegszeit typische Akkumulationsmuster weiter fortgesetzt werden kann. Dieser Akkumulationstyp war es schließlich, der Vollbeschäftigung garantierte. Sollte diese Garantie der Erwerbsarbeit für die nächste Zukunft wegfallen, weil ein ausreichendes Wirtschaftswachstum sich weder durch Stimulierung der Nachfrage noch durch Bekämpfung der Inflation erreichen läßt, dann zeichnen sich zwei Entwicklungspfade ab: der Weg in eine gesplante Gesellschaft, in der ein produktivistischer und weltmarktorientierter Kernbereich der Ökonomie einer immer kleiner werdenden Schar von Arbeitnehmern relativ sichere Arbeitsplätze mit Karrierechancen und stabilem Einkommen bietet. Wer in diesem Kernbereich nicht unterkommt, ist auf alle möglichen „Überlebensstrategien“ angewiesen, die von instabilen Beschäftigungsverhältnissen auf dem sekundären Segment des Arbeitsmarktes über Gelegenheitsarbeiten, Schwarzarbeiten etc. bis zur Inanspruchnahme staatlicher Hilfe und allen Formen sogen. informeller Aktivitäten reichen. Oder es gelingt, die Verknappung von Arbeitsgelegenheiten in einer Ökonomie, die zwar Ressourcen verschwendet und überflüssige und schädliche Produkte herstellt, deren Reichtumsproduktion aber in Sozialproduktziffern gemessen, nicht oder nicht wesentlich nachgelassen hat, progressiv zu wenden. Worauf es in einer solchen Ökonomie ankommt, ist, daß die Lohnarbeit „keine Vollzeitbeschäftigung, auch nicht der Hauptpol im Leben des einzelnen mehr sein kann. Das Leben wird multipolar sein müssen, wie die Gesellschaft selbst. Eine Pluralität von Produktionsweisen sowie verschiedene Lebensweisen und -rhythmen werden nebeneinander bestehen . . . die Lohnarbeit wird aufhören, die Haupttätigkeit zu sein, aber durch das Einkommen, das sie jedem einzelnen sein Leben lang garantiert, wird sie die ökonomische Basis einer unbegrenzten Vielfalt möglicher

<sup>16)</sup> Vgl. Glastetter/Paulen/Spoerel 1983, S. 56 ff.

<sup>17)</sup> Vgl. Lutz 1983

<sup>18)</sup> Vgl. Maddison 1982, Duijn 1983

<sup>19)</sup> Vgl. Lutz 1982

Tätigkeiten bleiben, deren Rationalität und Ziel nicht ökonomisch sind.<sup>20)</sup>

Sollte eine solche Ökonomie sich durchsetzen, in der Erwerbsarbeit nicht mehr den Hauptinhalt der Lebensführung darstellt, dann würde dies nicht nur das Ende der Nachkriegszeit, sondern insgesamt das Ende einer Entwicklung darstellen, deren Fluchtpunkt eben die Durchsetzung der Erwerbsarbeit als hauptsächlicher Tätigkeit bildete. Diese Infragestellung der Erwerbsarbeit, die Bedrohung von deren zentraler Rolle sowohl für die Lebensführung des einzelnen wie für die gesellschaftlichen Institutionen ist die eigentliche Rechtfertigung dafür, von einer „großen Krise“ zu sprechen, obwohl das Produktionssystem intakt zu sein scheint. Der Charakter der Krise konzentriert sich auf den Arbeitsmarkt als Zuteiler von Erwerbsmöglichkeiten. Um diesen Gedanken klar zu machen und den Hintergrund zu gewinnen, von dem sich die Alternativen zum Arbeitsmarkt abheben, möchte ich ganz kurz die Kernfigur der wirtschaftlichen Entwicklung vom Gesichtspunkt der Etablierung von Arbeitsmärkten aus charakterisieren.<sup>21)</sup>

In der Perspektive des Arbeitsmarktgeschehens besteht das entscheidende soziale Faktum der Ausbreitung der neuen Wirtschaftsform nicht in der Kapitalakkumulation oder in der Verkümmern von Arbeitsfähigkeiten, sondern darin, die „große Mehrzahl der Bevölkerung“ wie *Friedrich Engels*<sup>22)</sup> schreibt, in Proletarier („Lohnarbeiter“) zu verwandeln. Diese Verwandlung der Mehrzahl der Menschen in Proletarier bezieht sich sowohl auf die zeitliche Dauer des Lohnarbeitsverhältnisses wie auf die Anzahl der Lohnarbeiter:

„Die Lohnarbeit, früher Ausnahme und Aushilfe, wurde Regel und Grundform der ganzen Produktion; früher Nebenbeschäftigung, wurde sie jetzt ausschließliche Tätigkeit des Arbeiters. Der zeitweilige Lohnarbeiter verwandelte sich in den lebenslänglichen. Die Menge der lebenslänglichen Lohnarbeiter wurde zudem kolossal vermehrt durch den gleichzeitigen Zusammenbruch der feudalen Ordnung.“<sup>23)</sup>

Engels sieht sehr genau, daß der Prozeß der Durchsetzung der Verkehrswirtschaft in der Verdrängung und Vernichtung alternativer Existenzmöglichkeiten besteht. In diesem Prozeß werden nicht nur neue Lebensmöglichkeiten geschaffen, sondern bestehende vernichtet. So wie die Zunahme des Autoverkehrs nicht einfach ein additiver Vorgang ist, sondern andere Fortbewegungsmöglichkeiten verdrängt und so wie staatliche Formen des Helfens familiäre nicht nur ergänzen, sondern auch schwächen und auflösen, ebenso löst die Vermehrung der Lohnarbeit vorhandene Formen der Existenzsicherung auf. Die kapitalistische Produktionsweise, so Engels, schiebt sich einerseits ein in eine Gesellschaft von Warenproduzenten und Einzelproduzen-

ten, andererseits beseitigt sie die auf den „Selbstgebrauch“ gerichtete Produktion. Aber wieso vermag sich die neu auftretende Produktionsweise gegenüber dieser Mischung aus einfacher Warenproduktion und Subsistenzwirtschaft durchzusetzen? Engels Antwort hierauf ist, daß sie an vorhandene Elemente der Warenproduktion anknüpfen kann. In Konkurrenz mit solchen Produkten, die in kleinen Werkstätten und auf der Grundlage naturwüchsiger Teilung der Arbeit erstellt werden, ist die planmäßige und vergesellschaftete Warenproduktion unter Einsatz von Lohnarbeit schlicht effizienter. Heute würden wir sagen: sie vermag sich die Vorteile von „economies of scale“, betrieblicher Organisation und Verwendung von Maschinerie zunutze zu machen. Aber, in dem sie damit der „alten friedlichen Stabilität“<sup>24)</sup> ein Ende bereitet, ist eine Dynamik in Gang gesetzt, die auch vor ihr selbst nicht haltmacht. Letzten Endes sind es die Zwangsgesetze der Konkurrenz, die

„die unendliche Vervollkommnungsfähigkeit der Maschinen der großen Industrie in ein Zwangsgebot verwandelt für jeden einzelnen Kapitalisten, seine Maschinerie mehr und mehr zu vervollkommen, bei Strafe des Untergangs. Aber Vervollkommnung der Maschinerie, das heißt Überflüssigmachung von Menschenarbeit. Wenn die Einführung und Vermehrung der Maschinerie Verdrängung von Millionen von Handarbeitern durch weniger Maschinenarbeiter bedeutet, so bedeutet Verbesserung der Maschinerie Verdrängung von mehr und mehr Maschinenarbeitern selbst und in letzter Instanz Erzeugung einer das durchschnittliche Beschäftigungsbedürfnis des Kapitals überschreitenden Anzahl disponibler Lohnarbeit.“<sup>25)</sup>

Engels war der Auffassung, daß die von der marktwirtschaftlichen Konkurrenz geschaffenen Proletariermassen selbst es wären, die „schließlich der Produktionsanarchie ein Ende machen“ würden<sup>26)</sup>, indem sie die Staatsgewalt ergriffen und die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum verwandelten.<sup>27)</sup>

Diese Umwandlung zu vollziehen, sind die Proletarier bei „Strafe des Untergangs“ genötigt, weil die gewinngesteuerte Privatwirtschaft einerseits periodisch in Krisen gerät. Solche Zusammenbrüche der Reichtumsproduktion werden zu „Zwangsmitteln der gesellschaftlichen Umwälzung.“<sup>28)</sup> Andererseits bedinge, meint Engels, Marx zitierend, die Akkumulation von Kapital eine entsprechende Akkumulation von Elend auf Seiten der Arbeiter. Was ist aber, wenn diese Wirtschaftsform einen Zustand erreicht, in dem die Arbeit aus der Produktion vertrieben wird und insofern Beschäftigung nicht mehr die hauptsächliche Tätigkeit sein kann, aber andererseits weder von einer Akkumulation des Elends im Sinne der Verelendungstheorie auf Seiten des Proletariats gesprochen werden kann noch von periodischen Zusammenbrüchen der Reichtumsproduktion, wie z. B. in der Weltwirtschaftskrise, sondern allenfalls von Stagnation auf hohem Niveau? Ist dann nicht eine Situation gegeben, in der die Lohnarbeit wieder zur „Nebenbeschäftigung“ werden kann, ohne damit ins Mittelalter zurückzukehren und ohne Verarmungstendenzen für den Lohnarbeiter einzuschließen? Eine solche Lösung der Beschäftigungskrise, welche die Lohnarbeit in ihrer Bedeutung für die Lebensführung herabstufte, intendieren die Alternativen zum Arbeitsmarkt, deren Schilderung ich mich jetzt zuwende.

### III

Aus der Perspektive des Arbeitsmarktes ist die Durchsetzung der Lohnarbeit als dominanter Form der Existenzsicherung der Kern der Ausbreitung Verkehrswirtschaftlicher

<sup>20)</sup> Gorz 1983, S. 68 f.

<sup>21)</sup> Die nachfolgenden, auf die Generalisierung von Lohnarbeitsverhältnissen und deren Folgen bezogenen Argumente und Überlegungen beanspruchen Geltung nur für marktwirtschaftlich-kapitalistische Systeme. Ob und inwieweit sie auch für planwirtschaftlich-sozialistische Systeme zutreffen, ist ein Problem, dessen Erörterung gänzlich außerhalb der Reichweite dieses Aufsatzes liegt.

<sup>22)</sup> Engels 1971

<sup>23)</sup> ebd. S. 253

<sup>24)</sup> ebd. S. 254

<sup>25)</sup> ebd. S. 255

<sup>26)</sup> ebd. S. 255

<sup>27)</sup> ebd. S. 261

<sup>28)</sup> ebd. S. 268

Verhältnisse. Dieser Prozeß hat sich in großen Entwicklungsschüben vollzogen, die in den Langen Wellen der Konjunktur ihren Niederschlag gefunden haben. In der Wirtschaftsgeschichte werden vier solcher Langen Wellen und Entwicklungsschübe unterschieden, so differierend die Datierung und Charakterisierung im einzelnen auch sein mag. Z. B. datiert Maddison<sup>29)</sup> die beiden letzten Phasen als von 1913-1950 bzw. von 1950-1973 dauernd. Die letzte Wachstumswelle, die noch einmal einen einzigartigen Wachstums- und „Proletarisierungs“-schub (im Sinne einer Verallgemeinerung von Lohnarbeitsverhältnissen) mit sich gebracht hat, nennt er „the golden age“, während das vorangegangene Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung die „beggar your neighbour“-Phase war. Beide Phasen unterscheiden sich fundamental in Bezug auf das Arbeitsmarktverhalten. Bezeichnend für die Phase zwischen den beiden Kriegen ist, daß die Regierungen primär um die Preisstabilität besorgt sind und um derentwillen bereit sind, Arbeitslosigkeit auf großer Stufenleiter hinzunehmen. Erst in der folgenden Phase der wirtschaftlichen Entwicklung erhält die Vollbeschäftigung eindeutig Priorität. Weil anders als in der vorangegangenen Phase die Löhne keine nach unten gerichtete Flexibilität aufweisen, ist das soziale Klima dieser Periode „entspannt.“<sup>30)</sup> Das Gesetz der Erzeugung einer industriellen Reservearmee, das Engels schon 1845 entdeckt zu haben für sich in Anspruch nahm<sup>31)</sup> ist in dieser Phase außer Kraft gesetzt worden.<sup>32)</sup> Die auf das Goldene Zeitalter folgende Phase der Entwicklung (Maddison nennt sie die Phase der „blurred objectives“) gründet nun entweder auf die Wiedereinführung des Gesetzes der industriellen Reservearmee oder auf Alternativen zum Arbeitsmarkt.

Worin diese auch immer bestehen mögen, der sie einigende Gesichtspunkt ist, eine Umkehr jener Entwicklung einzuleiten, die faktisch zur Abhängigkeit der Mehrheit der Bevölkerung vom Arbeitsmarktgeschehen geführt hat. Angetrieben wird diese Umkehr von der Leitidee der *Zurücknahme* einer zu weit getriebenen Entwicklung. Diese Notwendigkeit, nicht nur die weitere Expansion der Lohnarbeit zu stoppen, sondern diese zurückzudrängen, sie von einer ausschließlichen Tätigkeit zu einer unter mehreren Beschäftigungsformen zu machen, hat viele Ursachen. Zunächst ist da die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen. Vollbeschäftigung als Ziel der Wirtschaftspolitik verlangt bei anhaltendem technischen Fortschritt fortgesetztes exponentielles Wachstum. Auch ein „qualitatives Wachstum“, was immer das heißen mag, tangiert über kurz oder lang die letzten Reserven einer unbeschädigten Natur. Wenn Wachstum heißt, die Wirtschaft so zu dimensionieren, daß sie Vollzeitbeschäftigung für alle, die das wünschen, anbietet, dann ist dieses Ziel auch nicht auf „qualitativem“ Weg zu erreichen. Wer qualitatives Wirtschaftswachstum sagt, muß auch qualitative Wirtschaftsschrumpfung wollen und die Vermutung ist nicht gerade abwegig, daß unter qualitativen Gesichtspunkten der Lebens- und Naturerhaltung ganze Produktionszweige unverzüglich eingestellt werden müßten. Eine Gesellschaft ohne Wachstum und ein „neuer Pakt mit der Erde“ (C. Amery) sind die Leitbilder für die vom Zweifel am Sinn des Wachstums genährte Reorientierung.

<sup>29)</sup> Maddison 1982

<sup>30)</sup> ebd. S. 92

<sup>31)</sup> Engels 1971, S. 255

<sup>32)</sup> Vgl. Lutz 1982

<sup>33)</sup> Vgl. Hegner 1983

<sup>34)</sup> ebd. S. 614

Aber die Expansion der Lohnarbeit stößt nicht nur an äußere Grenzen der Natur, sondern auch an innere, selbst-erzeugte. Diese entstehen dadurch, daß in dem Maße, in dem Lohnarbeit zur ausschließlichen Tätigkeit wird, andere Formen der Existenzsicherung verkümmern. Die Lohnarbeit dehnt sich nicht bloß einfach aus, sondern vertreibt die Alternativen zu ihr. Dies führt zu einer einseitigen Fixierung der Gesellschaft auf einen einzigen Mechanismus der Lösung der Grundprobleme der Allokation von Arbeitskraft und Einkommen, aus der dann jene sozialen Probleme wie Arbeitslosigkeit und Sozialleistungsabhängigkeit erst resultieren, die durch ein auf Geld und Erwerbsarbeit fixiertes Wirtschaftssystem gelöst werden sollen.<sup>33)</sup> Ab einem bestimmten Punkt wird die weitere Ausdehnung der Erwerbsarbeit und die Integration aller Erwerbspersonen über den Arbeitsmarkt in die Wirtschaft kontraproduktiv, weil sie zur völligen Auflösung von marktunabhängigen Bedarfsdeckungsmöglichkeiten führt und damit das Potential derer, die auf Lohnarbeit angewiesen sind, weiter vermehrt. Durch weitere Ausdehnung abhängiger Erwerbstätigkeit wird der Bedarf an Versorgungsleistungen durch solche Tätigkeiten nicht reduziert, sondern noch gesteigert, weil diese Ausdehnung der Tendenz nach eine Schwächung gemeinschaftlicher Lebensformen und außermärklicher Sicherungssysteme beinhaltet. Wenn dies richtig ist, dann liegt der „prinzipielle Ansatz zur Lösung der aktuellen ökonomischen . . . Probleme . . . in einer Aufhebung der Einseitigkeit etablierter Formen der Bedarfsdeckung und Bedürfnisbefriedigung.“<sup>34)</sup>

Würde dieser Weg beschritten, dann träte an die Stelle einer drohenden „institutionellen Sklerose“ jene Vielfalt von Produktions- und Lebensformen, von der schon die Rede war. Strikter arbeitsmarktbezogen heißt dies, der Arbeitsmarkt würde teils entlastet, teils ergänzt und unterstützt in der Wahrnehmung seiner doppelten Allokationsfunktion.

Welche Alternativen bestehen nun zum Arbeitsmarkt, wenn die angedeutete Richtung einer Rücknahme der „Proletarisierung“ beschritten und der wirtschaftliche Fortschritt dementsprechend nicht mehr darin gesehen würde, daß der Arbeitnehmeranteil an der „tätigen Bevölkerung“ weiter ausgedehnt wird? Um eine vollständige Übersicht über diese Alternativen zu erhalten, sei zunächst daran erinnert, daß „Proletarisierung“ ja nicht nur Eingliederung der Arbeitskraft in den Arbeitsmarkt heißt, sondern zugleich Abhängigkeit von Warenmärkten, insofern der letzte Sinn des durch Verkauf der Arbeitskraft erworbenen Geldeinkommens ja darin besteht, dieses zu Zwecken der Bedarfsdeckung auf Gütermärkten auch wieder auszugeben. Sparen, soweit es nicht Konsumsparen ist, ist ja eine „systemwidrige“ Verhaltensweise. Aufgabe der Lohnarbeiter ist es, hat Kalecki gesagt, auszugeben, was sie einnehmen (während Aufgabe der Unternehmer ist, einzunehmen, was sie ausgeben!). Eine Zurücknahme der „Proletarisierung“ durch Abstandnahme von Politiken, die auf eine Verallgemeinerung von Lohnarbeitsverhältnissen hinauslaufen, bestünde dann in einer *partiellen* Abkoppelung der Lebensführung von Arbeits- und Warenmärkten. Diese Abkoppelung kann in individueller oder politischer Weise geschehen.

Individuelle Formen der Abkoppelung ergänzen das Arbeitsmarktgeschehen, politische entlasten es. Durch Kombination beider Gliederungskriterien erhält man ein Vierfelderschema, das einen Überblick über die Alternativen zum Arbeitsmarkt gewährt.



	Individuelle Versorgungs- strategien	politische Versorgungs- strategien
Abkoppelung vom Arbeits- markt	„Genossen- schaften“ „Alternative Ökonomie“ „Neue Selbständigkeit“	„Garantiertes Mindest- einkommen“
Abkoppelung vom Güter- markt	„Neue Haushalts- produktion“ „informelle Aktivitäten	„Senkung der Reproduktions- kosten durch Konsum- politiken“

Ich beschränke mich im folgenden auf kurze, charakterisierende Bemerkungen zu den einzelnen Strategien.

Unter informellen Aktivitäten kann man die Gesamtheit der Tätigkeiten verstehen, die entweder *nicht* Erwerbstätigkeiten (also auf die Erzielung von Geldeinkommen ausgerichtet) sind oder diese ihre Eigenschaft zu verbergen trachten (z. B. Schwarzarbeit). Der einfache dualwirtschaftliche Grundgedanke einer Abkoppelung von Gütermärkten besteht dann in der Betonung des Sachverhalts, daß auch im üblichen Sinne des Wortes außerhalb der bezahlten Arbeit gewirtschaftet und gearbeitet werden kann. Zwar sind nicht alle menschlichen Lebensäußerungen Arbeit (z. B. nicht Muße, Liebe, Sport etc.). Die Sphäre der Arbeit, das ist ein uralter Gedanke der Gesellschaftstheorie, reicht so weit wie die der Arbeitsteilung. Was an andere zur Erledigung abgetreten werden kann, was andere für einen tun können, ist Arbeit. Nur was man schon selbst tun muß, ist keine Arbeit. Aber Arbeit fällt nicht mit Erwerbsarbeit zusammen. Wenn es gelingt, Arbeit aus dem formellen „Sektor“ in den informellen zu verschieben, dann sinkt die Abhängigkeit der Reproduktion vom Güterkauf auf Märkten. Vieles von dem, was wir kaufen, können wir auch selber tun.

Die wichtigste Produktionsstätte für solche informellen Aktivitäten ist der Haushalt, allerdings nicht der bestehende, wenn es um die Vermehrung dieser Tätigkeiten geht. Das Programm einer Verschiebung von Tätigkeiten aus dem formellen in den informellen Bereich ist leichter ausgesprochen als realisiert. Seiner Durchführung stehen Hemmnisse im Wege wie die existierende Haushalts- und Familienstruktur<sup>35)</sup>, die Überlastung der Haushalte mit produktiven Tätigkeiten aller Art und vor allem die Bindung wenigstens eines Haushaltsmitglieds an eine Vollzeitbeschäftigung. Ohne Arbeitszeitverkürzung, muß man sagen, „geht hier nichts“. Objektiv, also vom Standpunkt der Entwicklung der Produktivkräfte her gesehen, ist sie möglich, sie wird „nur“ politisch blockiert. „Bei der gegenwärtigen Entwicklung der produktiven Kräfte genügt schon diejenige Steigerung der Produktion, die mit der Tatsache der Vergesellschaftung der Produktivkräfte selbst gegeben ist, die Beseitigung der aus der kapitalistischen Produktionsweise ent-

springenden Hemmungen und Störungen, der Vergeudung von Produkten und Produktionsmitteln, um bei allgemeiner Teilnahme an der Arbeit die Arbeitszeit auf ein nach jetzigen Vorstellungen geringes Maß zu reduzieren.“ Der zitierte Text ist nicht 1980 oder später formuliert, sondern 1878.<sup>36)</sup> Fünfzig Jahre später hat Keynes für das Jahr 2030 eine Zukunft ausgedacht, in der die Menschheit dank einer gewaltigen Steigerung der Produktivkräfte das „ökonomische Problem“, den Kampf um die Gewinnung des Lebensunterhalts, gelöst haben würde. Ein Drei-Stunden-Tag oder eine 15-Stunden-Woche für jeden würde zur Bedarfsdeckung ausreichen. Wenn heute die zentrale Begründung für Arbeitszeitverkürzungen eine stagnierende Ökonomie ist, welche die Integration der abhängig Erwerbstätigen in die Wirtschaft nur noch über Arbeitszeitverkürzungen pro Person erlaubt, dann wird diese Begründung möglicherweise schon bald die technologische Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt rücken müssen, von der Keynes schon sprach und deren Kern die Produktion von Reichtum ohne Arbeit auf der Grundlage revolutionierter Produktionstechniken ist. Von der Vertreibung der Arbeit aus der Produktion würde der stärkste Impuls zur Institutionalisierung neuer Formen der Reichtumsverteilung ausgehen. *Eine* Form ist: Egalisierung des Zugangs zu Erwerbsarbeitsplätzen auf stark reduziertem Stundenniveau und Nutzung der freien, eigenen Zeit mit einer Vielfalt nützlicher Tätigkeiten.

Neben „neuer Haushaltsproduktion“ ist „neue Selbständigkeit“ die zweite individuelle Reaktionsform auf das Versagen des Arbeitsmarkts, alleingültiges Prinzip der Allokation von Personen zu Aufgaben zu sein. Die „neue Selbständigkeit“<sup>37)</sup> hat viele Formen. Die aus der Reformgeschichte bekannteste Form ist das Genossenschaftswesen, der jüngste Typ die „alternative Ökonomie“. Genossenschaften sind „Förderwirtschaften der Mitglieder.“<sup>38)</sup>

Der Kern der „Alternativität“ aller selbstorganisierten Formen der Produktion ist, ohne einen „Beschäftigten“ und damit ohne Lohnarbeit auszukommen. Die in selbstverwalteten Betrieben, alternativen Ökonomien, Genossenschaften etc. ausgeübte Arbeit ist Erwerbsarbeit, sofern sie bezahlt wird, aber keine Lohnarbeit. Sie wird nicht aus einem Lohnfonds, den A inne hat, an B vorgeschossen, sondern ist „Ertragsarbeit“, die aus der Differenz zwischen Kosten und Erträgen beglichen wird. Die ökonomische Grundfigur ist, daß nicht das Kapital Arbeit mietet, sondern die Arbeit das Kapital.

Eine privatwirtschaftliche Unternehmung ist typischerweise dadurch gekennzeichnet, daß die Befugnis zur Entscheidung auf dem Eigentum an Kapital beruht und die Arbeiter *bezahlt* werden. In einem selbstverwalteten Betrieb ist hingegen das Kapital (in der Form von Zinsen) bezahlt und die Entscheidungshoheit liegt bei den Arbeitern.<sup>39)</sup>

Die Einwände gegen selbstverwaltete Betriebe aller Art sind so alt wie die Versuche ihrer Durchsetzung. Schon früh hat Oppenheimer ein „Transformationsgesetz“<sup>40)</sup> für Genossenschaften aufgestellt, das besagt, sie würden sich mit der Zeit in normale kapitalistische Betriebe verwandeln oder sich in der Konkurrenz mit ihnen nicht halten können. Der Grund hierfür wird immer wieder darin gesehen, daß sie die gesellschaftliche Aufgabe der Akkumulation vernachlässigen und insofern gegenüber Betrieben, die dieses „commitment Problem“ (Schlicht) lösen, zwangsläufig ins Hintertreffen geraten. Dieses Argument läuft darauf hinaus, daß in einer reinen marktwirtschaftlichen Umgebung kapitalistische Unternehmensformen die besten Überlebenschancen haben.<sup>41)</sup>

<sup>35)</sup> Vgl. nur Glatzer 1983, Ostner/Willms 1983 etc.

<sup>36)</sup> Engels 1971, S. 274

<sup>37)</sup> Zum Begriff vgl. Vonderach 1980

<sup>38)</sup> Novy 1982

<sup>39)</sup> Vgl. Schlicht 1979, S. 61

<sup>40)</sup> Vgl. Oppenheimer 1924

<sup>41)</sup> Vgl. Miller, 1981

So richtig dies ist, so verliert das Argument doch an Überzeugungskraft, wenn an der Voraussetzung der reinen Marktwirtschaft gerüttelt wird. Der Übergang, den ich skizzieren möchte, besteht ja darin, daß die reine Marktwirtschaft nicht mehr vorherrschend bleibt, sondern einen bestimmten Platz im Geflecht ökonomischer Aktivitäten einnimmt.

Die sozialpolitische Diskussion um eine Grundabsicherung für alle hat in allerjüngster Zeit erneuten Auftrieb erfahren.<sup>42)</sup> Vorschläge hierzu sind unter verschiedensten Namen vorgetragen worden (garantiertes Mindesteinkommen, negative Einkommenssteuer, soziale Dividende, Bürgergeld etc.). Sie lassen sich mindestens bis auf den Major Douglas<sup>43)</sup> zurückverfolgen. Der Grundgedanke aller Vorschläge ist die (partielle) Abkoppelung der sozialen Sicherung von der Beteiligung am Erwerbsleben. Die einzelnen Vorschläge variieren nach dem Kreis der Begünstigten, der Höhe der Zahlungen und der Form der Aufbringung der benötigten Mittel. Die radikalste Variante ist die tatsächliche Auszahlung eines Grundgehalts an jede erwachsene Person, die an keine andere Bedingung geknüpft ist als den Besitz der Staatsbürgerschaft. Eine abgemilderte Form bildet die Abstufung der Höhe der Auszahlung nach Erwerbseinkommen. Nur wer keinerlei Erwerbseinkommen erzielt, erhält die volle Höhe des garantierten Mindesteinkommens ausgezahlt. Wer Einkünfte oberhalb eines bestimmten „kritischen Einkommens“ erzielt, das dem Quotienten von Mindesteinkommen und Steuersatz gleichkommt, erhält keine Zahlungen mehr und kann die ihm vom Staat geschuldeten Beträge von seiner Steuerpflicht abziehen.<sup>44)</sup>

Das auf der Hand liegende Grundproblem aller Vorschläge ist, wie sie sich finanzieren lassen. Reichen die Steuererträge aus, um wieviel Prozent müssen die Steuersätze erhöht werden, muß mit der Grundabsicherung für alle eine grundlegende Steuerreform verbunden werden?<sup>45)</sup>

Aber nicht nur die absoluten Kosten bilden ein Problem, vielmehr stecken alle Vorschläge zu einer Grundabsicherung in einer Art ordnungspolitischer Zwickmühle. Die Einkommensgarantie darf nicht so hoch sein, daß der Leistungswille der Empfänger negativ tangiert wird<sup>46)</sup>, und sie darf nicht so niedrig sein, daß sie das Ziel der Grundabsicherung verfehlt. Z. B. Milton Friedman, von dem der Vorschlag einer negativen Einkommenssteuer stammt, will solche Garantien nur *unterhalb* der Armutsgrenze gewährleistet sehen. Zwar ist es noch zu früh, schon heute von konkreten Zahlen zu sprechen, dennoch, welche Höhe einer Grundabsicherung könnte die Wirtschaft der Bundesrepublik vertragen?

W. Engels und Mitarbeiter haben für das Jahr 1970 ein „Bürgergeld für Kinder ab 14 Jahren, erwerbstätiger Erwachsener und Rentner“ von 3600,- DM ermittelt. Hoch gerechnet auf das Jahr 1980 könnten diese Zahlen um das 2½ fache steigen (um soviel hat sich jedenfalls das nominale Volkseinkommen vervielfacht), würde also ca. 8390,- DM betragen (monatlich knapp 700,- DM). Mehr als ein grober Anhaltspunkt kann diese Zahl nicht sein; ob 700,- DM für

eine personbezogene (!) Grundabsicherung reichen (zum Vergleich: 1980 betrug die durchschnittliche Rente 1095,60 DM<sup>47)</sup>) lasse ich hier offen.

Verbleibt noch die Möglichkeit, die Reproduktionskosten durch „Konsumpolitiken“ zu senken. Die Grundidee solcher Konsumpolitiken liegt darin, daß der Kapitalismus nicht nur ein Produktionsverhältnis ist, sondern auch ein Konsumtionsverhältnis. Nicht nur eine bestimmte Produktionslogik, auch eine Konsumtionslogik zeichnet ihn aus. Friedrich Engels hat den Kern des Produktionsverhältnisses als gesellschaftliche Produktion bei privater Aneignung gekennzeichnet. Parallel hierzu könnte man formulieren, daß gesellschaftlich erzeugte Bedürfnisse durch privaten Konsum gestillt werden sollen. Gorz hat vom Suchen nach individuellen Lösungen für kollektive Probleme gesprochen.

Daß die sozialen Reproduktionskosten ansteigen, ist gemeinsames Klagelied aller politischen Parteien (man denke nur an die Diskussion um die Kostendämpfung im Gesundheitswesen). Schon weniger Einigkeit herrscht bei der Analyse der Ursachen für diese Kostensteigerungen. Aus Gründen, die hier auseinanderzulegen zu weit führen würde, scheint mir die Vermutung gerechtfertigt, daß diese Kostensteigerungen ganz wesentlich mit der Privatisierung und Monetarisierung der Lebensführung zusammenhängen.

Die vielleicht wichtigsten Felder für Versuche, die Reproduktionskosten der Arbeitskraft zu senken und dadurch die Abhängigkeit vom Kauf entsprechender Güter auf Märkten zu lockern, sind die Sozialpolitik, insbesondere das Gesundheitswesen, das Wohnungswesen und das Verkehrswesen. Alle Versuche in dieser Richtung setzen sich dem Einwand aus, die Verarmung der Lohnabhängigen vielleicht nicht zu wollen, aber doch in Kauf zu nehmen. Daß dies nicht der Fall ist, Sparen vielmehr ohne Verarmung möglich sein kann, ist am eindrucksvollsten in jüngster Zeit im Bereich der Energieversorgung demonstriert worden. Hier hat ein sinkender Verbrauch von Energie gerade nicht zu einer minderen Deckung der Bedürfnisse geführt. Das gleiche läßt sich z. B. für das Wohnungswesen und den Personentransport geltend machen: Kostensenkung ist möglich ohne Minderung des Reproduktionsniveaus. Ein eigenes Haus in der Bundesrepublik kostet heute durchschnittlich das Neunfache Jahreseinkommen eines Normalverdieners (zum Vergleich: in den Niederlanden lediglich das Vierfache). Die öffentlich erörterten Gründe für die hohen Baupreise liegen in den Grundstückskosten, dem Zinsniveau und den Baunormen. Eine Änderung kann nur in einer entsprechenden Bodenrechtspolitik, Bankenpolitik<sup>48)</sup> und in einer Änderung von Baustandards liegen, die Baunormen nicht unnötig nach oben treibt. Daneben ist der Wohnungssektor geradezu ein Musterbeispiel für die Diskriminierung kollektiver und die Förderung individueller Versorgungsformen. „Die Einkommensteuergesetze, die Bausparförderung und eine Reihe weiterer staatlicher Förderungen“, schreibt Sötje, „diskriminieren bis auf den heutigen Tag das Gemeinschaftseigentum gegenüber dem Einzeleigentum.“<sup>49)</sup> Gleichzeitig ist das gegenwärtige System der Neubau- und Modernisierungsförderung nicht mehr finanzierbar. Es führt „trotz explodierender Förderungsaufwandes zu immer weniger Leistung.“<sup>50)</sup>

In welche Irrationalitäten die Individualisierung des Konsums führt, läßt sich am eindrucksvollsten am Beispiel des Verkehrswesens demonstrieren. „Die entscheidendste Veränderung im Verkehrswesen in den letzten dreißig Jahren“ konstatieren die Gesellschaftlichen Daten, „war die starke private Motorisierung. Der Bestand an Personen- und Kombinationskraftwagen ist in diesem Zeitraum von 0,6 Mill.

<sup>42)</sup> Für einen Überblick vgl. Gerhardt/Weber 1983

<sup>43)</sup> Douglas 1920

<sup>44)</sup> Vgl. Otten 1977

<sup>45)</sup> Vgl. hierzu Engels u. a. 1973 <sup>46)</sup>

Vgl. Otten 1977, S. 9

<sup>47)</sup> Gesellschaftliche Daten, S. 292

<sup>48)</sup> Hierzu Novy 1982

<sup>49)</sup> Sötje 1982, S. 139

<sup>50)</sup> ebd. S. 135

auf rd. 23,2 Mill. gestiegen“ (a. a. O. S. 252). Mittlerweile entfallen über 15% (1950: 5,7%) der Käufe der privaten Haushalte auf „Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung“; dies ist der zweitgrößte Posten nach den Ausgaben für Nahrungs- und Genußmitteln.<sup>51)</sup> Kein Naturgesetz legt fest, daß der Autoverkehr die effizienteste Form der Überbrückung von Entfernungen ist. Rechnet man die zeitlichen Kosten für die Anschaffung eines Fahrzeugs und die Beseitigung von Umweltschäden hinzu, dann ist das Fahrrad das mit Abstand billigste und effizienteste Verkehrsmittel. Wenn es gelänge, durch die Umstellung des Verkehrswesens auf öffentliche Systeme und das Fahrrad die Kosten für den Transport zu senken, dann würde damit gleichzeitig der Zwang zur Erzielung von hohen Erwerbseinkommen gemildert.

Die Anklage gegen das Automobil (Landschaftsverbrauch, Stadtzerstörung und Umweltvernichtung, immense Opfer an Menschenleben und Gesundheit etc.) ist bekannt und braucht hier nicht wiederholt zu werden. Eine oft übersehene Folge ist die Zerstörung von Kommunikationsmöglichkeiten durch die Allgegenwart des Autos. Wo früher Bürgersteige und öffentliche Plätze Orte der Begegnung mit anderen Menschen waren, sind sie heute zu schmalen Rettungstreifen für Fußgänger und zu Parkplätzen degeneriert.

Schon früh hat L. Mumford in seinem Klassiker „The Highway and the City“<sup>52)</sup> den Kult des Automobils angegriffen. In diesem Buch sind am Beispiel des Verkehrswesens alle Argumente für die Rationalität von Mischformen der Problembewältigung und gegen die Konzentration auf ein einziges Mittel, in diesem Fall das Automobil, versammelt.

„The fatal mistake we have been making is to sacrifice every other form of transportation to the private motorcar-and to offer as the only long-distance alternative, the airplane. But the fact ist that each type of transportation has its special use. There is no one ideal mode or speed: human purpose should govern the choice of the means of transportation. That is why we need a better transportation *System*, not just more highways.“

Mumfords Argumentation läßt sich auf die Wirtschaft als ganze übertragen: was wir benötigen ist ein in der Kombination verschiedener Betätigungsformen bestehendes Wirtschaftssystem und nicht einfach *mehr* Erwerbsarbeit.

#### IV

Ich bin mir der Tatsache bewußt, daß gegen alle hier skizzierten Alternativen eine Reihe von Einwänden geltend gemacht werden können. Diese Einwände betreffen entweder die Effizienz oder den Realitätsgehalt der Vorschläge oder sie bezweifeln ihren Reformcharakter. Niemand wird erwarten, daß ich diese Einwände hier entkräfte. Gänzlich übergangen habe ich die Frage der Kompatibilität der einzelnen Maßnahmen, also ob die Durchführung der einen Maßnahme nicht einer anderen widerspricht, so daß man z. B. nicht beides gleichzeitig haben kann, eine Grundabsicherung für alle und drastisch gesenkte individuelle Arbeitszeiten. Dies alles muß späteren Erörterungen vorbehalten bleiben.

Zum Abschluß möchte ich nur eine Überlegung vortragen, die vielleicht in der Lage ist, das Ausmaß sozialen Wandels, das die Alternativen zum Arbeitsmarkt darstellen, zu

<sup>51)</sup> ebd. S. 187

<sup>52)</sup> Mumford 1958

<sup>53)</sup> Vgl. Keynes 1972, S. 329

beleuchten. In der Tat habe ich in diesem Aufsatz nicht versucht, Politiken der Bedeutungsminderung der Arbeit mit solchen der Änderung der Arbeitsorganisation und der Wirtschaftsverfassung in ein Verhältnis zu setzen. Dies ist mit Absicht geschehen, sowohl um die Anschlußfähigkeit der entwickelten Vorschläge an den bestehenden Zustand einer auf hohem Niveau produzierenden Ökonomie aufzuzeigen als auch ihre Rezeption nicht mit Fragestellungen zu belasten, die aus der traditionellen Wirtschaftsreformdiskussion stammen. In jenem Essay über die „ökonomischen Möglichkeiten für unsere Enkelkinder“ im Jahre 2030 geht Keynes davon aus, daß kaum ein Faktum die Bedeutung, welche die Wirtschaft für Gesellschaft und Kultur hat, so sehr beeinflussen wird wie die Zunahme des Reichtums. Eine Gesellschaft, die im ökonomischen Sinn des Worts „vier- bis achtmal besser dran“ ist als die bestehende, hat, so Keynes, das Standardproblem der Menschheit, die Überwindung der Knappheit und die Sicherung der Existenz aller ihrer Mitglieder auf menschenwürdigem Niveau im Prinzip gelöst. In einer solchen Gesellschaft, in der das ökonomische Problem der Existenzsicherung für alle nicht mehr das Zentralproblem darstellt, ist auch die „Akkumulation des Reichtums nicht länger mehr von höchster sozialer Wichtigkeit.“<sup>53)</sup> Der Zwang zur Arbeit und die Bindung von Einkommen an Arbeitsleistungen verlören die Bedeutung, die sie in Gesellschaften, die durch ökonomische Knappheit im herkömmlichen Sinne des Wortes charakterisiert sind, haben mögen. Zwischen 1950 und 1980 sind in der Bundesrepublik die Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung um fast das Vierfache angestiegen. Die Wirtschaft der Bundesrepublik hat also, so möchte man meinen, lange vor den Jahren 2010 oder 2030 ein gutes Stück des Weges zu jener Gesellschaft jenseits der Knappheit zurückgelegt, von der Keynes träumte. Da die reichtumsschaffenden Möglichkeiten der Wirtschaft es einerseits überflüssig machen, die Freisetzungseffekte weiteren technischen Fortschritts unbedingt durch die Schaffung neuer Einsatzfelder für erwerbswirtschaftliche Aktivitäten auszugleichen, andererseits ökologische Folgeprobleme es geradezu verbieten, die industrielle Produktion weiter auszudehnen: ist es da nicht an der Zeit, die Diskussion über alternative Formen der Produktion und der Verteilung des Reichtums neu aufzurollen? Wenn nicht schon jetzt, dann wird die Wirtschaft der Bundesrepublik jedenfalls im Jahre 2010 einen ökonomischen Reifegrad erreicht haben, der solche Alternativen zum Arbeitsmarkt als zentraler Determinante der Produktion und der Verteilung des Reichtums ermöglicht. Die hier vorgestellten Alternativen schwanken in ihrem Charakter zwischen Bewältigungsformen aktueller Schwierigkeiten des Arbeitsmarkts und „Wegen ins Paradies“ (Gorz). Ob solche Alternativen sich etablieren können und welche Seite gar im Verlauf ihrer Realisierung die Oberhand gewinnen wird, muß die Zukunft erweisen.

#### Literatur

*Beck-Gernsheim, E., 1980, Das halbierte Leben: Männerwelt Beruf, Frauenwelt Familie. Frankfurt.*

*Berger, J., Offe, C., 1982, Die Zukunft des Arbeitsmarktes. Zur Ergänzungsbedürftigkeit eines versagenden Allokationsprinzips. In: Braczyk, H., Schmidt, G., v. d. Knesebeck, J., Materialien zur Industriesoziologie. Sonderheft 24 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. S. 348-371.*

*Biedenkopf, K., 1983, Die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft – Von der Notwendigkeit der Reform des Arbeitsmarktes. Referat gehalten an der Katholischen Akademie in Bayern II./ 12. Juni 1983 in München. Manuskript.*

- Dahrendorf, R., 1983, Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht. In: Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages. Hrsg. v. J. Matthes, S. 25-37, Frankfurt.*
- Douglas, C. H., 1920, Economic Democracy, London.*
- Duijn, J. J. van, 1983, The Long Wave in Economic Life. London.*
- Engels, F., 1971, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (1878). In: Marx-Engels Werke Bd. 20, S. 5 ff.*
- Engels, W., Mitschke, J., Stackloff, B., 1973, Staatsbürgersteuer. Vorschlag zur Reform der direkten Steuern und persönlichen Subventionen durch ein integriertes Personalsteuer- und Subventionssystem. Karl Bräuer Institut des Bundes der Steuerzahler, Heft 26.*
- Gesellschaftliche Daten 1982, Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn.*
- Gerhardt, K. U., Weber, A., 1983, Garantiertes Mindesteinkommen. In: Alemantschen, Bd. 3, S. 69-99.*
- Glatzer, W., 1983, Haushaltsproduktion in der modernen Gesellschaft. Repräsentative Daten zum Lebensstil in der Bundesrepublik. Sonderforschungsbereich 3, J. W. Goethe-Universität Frankfurt und Universität Mannheim. Arbeitspapier Nr. 86.*
- Glatzetter, W., Paulen, R., Spörel, U., 1983, Die Wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik 1950-1980. Befunde, Aspekte, Hintergründe. Frankfurt.*
- Gorz, A., 1983, Wege ins Paradies. Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit. Berlin.*
- Hagemann, H., Kurz, H., Schäfer, W. (Hrsg.), 1982, Die Neue Makroökonomie. Marktungleichgewicht, Rationierung und Beschäftigung. Frankfurt.*
- Hegner, F., 1983, Einseitigkeiten der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik als Hintergrund aktueller sozialer Probleme. In: Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages. Hrsg. J. Matthes, S. 604-621.*
- Institut der Deutschen Wirtschaft 1980, Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Düsseldorf.*
- Keynes, J. M., 1972, Economic Possibilities for our Grandchildren (1930). In: ders., Essays in Persuasion. The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. IX, S. 321-332.*
- King, A., 1982, Eine neue industrielle Revolution oder bloß eine neue Technologie? In: Friedrichs, G., Schaff, A., Auf Gedeih und Verderb. Mikroelektronik und Gesellschaft. Bericht an den Club of Rome. S. 11-47. Wien.*
- Lutz, B., 1982, Kapitalismus ohne Reservearmee? Zum Zusammenhang von Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarktsegmentation in der europäischen Nachkriegszeit. In: Braczyk, H., Schmidt, G., v. d. Knesbeck, J., Materialien zur Industriesoziologie. Sonderheft 24 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, S. 329-347.*
- Lutz, B., 1983, Strukturkrise als Herausforderung an die Soziologie. In: Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages. Hrsg. v. J. Matthes, S. 321-335. Frankfurt.*
- Maddison, A., 1982, Phases of Capitalist Development. Oxford.*
- Miller, D., 1981, Market Neutrality and the Failure of Co-operatives. In: British Journal of Political Science, Vol. 11, 309-329.*
- Mumford, L., 1958, The Highway and the City. New York.*
- Novy, K., 1982, Wohnungswirtschaftliche Selbstverwaltung und Selbstfinanzierung – eine ideengeschichtliche Montage. In: Leviathan, Jg. 10.*
- Oppenheimer, F., 1924, Wege zur Gemeinschaft. Gesammelte Reden und Aufsätze. Bd. 1, München.*
- Ostner, L., Willms, A., 1983, Strukturelle Veränderungen der Frauenarbeit in Haushalt und Beruf. In: Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages. Hrsg. von J. Matthes, S. 205-227. Frankfurt.*
- Otten, A., 1977, Die Negative Einkommensteuer als sozialpolitische Alternative: Diskussionsstand und Erfahrungen in den USA und eine Analyse für die Bundesrepublik Deutschland. Bern 1977 (Europäische Hochschulschriften).*
- The Public Interest, 1980, The Crisis in Economic Theory. Special Issue.*
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1982/83. Bundestagsdrucksache 9/2118.*
- Schlicht, E., 1979, The Transition to Labour Management as a Gestalt Switch. In: Gestalt Theory 1, S. 54-67.*
- Söjje, P., 1982, Wohnungspolitik und Genossenschaftsgedanke: Historische Erfahrung als Perspektive. In: Lokal 2000. Berlin als Testfall. Hrsg. v. K. Nevermann, Reinbek, S. 134-151.*
- Statistisches Jahrbuch 1983 für die Bundesrepublik Deutschland.*
- Vonderach, G., 1980, Die ‚Neuen Selbständigen‘. 10 Thesen zur Soziologie eines unvermuteten Phänomens. In: MittAB 2/1980, S.153-169.*
- Wagenführ, R., 1970, Wirtschafts- und Sozialstatistik. Bd. 1.*
- Weise, P., 1979, Neue Mikroökonomie. Würzburg/Wien.*
- Welsch, J., 1981, Globalsteuerung in der Bundesrepublik Deutschland. Köln.*
- Welsch, J., 1983, Die Produktions-Produktivitätsschere – Argumente und Fakten für die Bundesrepublik Deutschland. In: WSI-Mitteilungen Heft 6, S. 347-361.*